

Zeittafel des Nahost-Konflikts

v.Chr.

- Bis 7000 In der Region östlich des Mittelmeers entwickelt sich aus einer Gesellschaft von Jägern und Sammlern eine sesshafte Agrargesellschaft mit Anbau von Kulturpflanzen und Tierhaltung. Hier entsteht mit Jericho die älteste Stadt der Welt.
- Seit 3000 Nomadische Stämme aus dem Zweistromland (Kanaaniter, Hebräer, Israeliten) und seefahrende Völker aus dem Mittelmeer (Philister) wandern in das Land westlich des Jordan ein und lassen sich hier nieder. Zwischen den eingewanderten Stämmen und Völkern kommt es zu kriegerischen Auseinandersetzungen.
- 1004 bis 965 An der Spitze der israelitischen Stämme herrscht David über ein Königreich vom Euphrat bis zum Roten Meer mit Jerusalem als Hauptstadt. Sein Sohn Salomo lässt den Ersten Tempel von Jerusalem erbauen.
10. bis 9. Jhdt. Das Königreich Davids zerfällt in das Nordreich Israel und das Südreich Juda mit Jerusalem als Hauptstadt.
8. bis 7. Jhdt. Babylonische Könige aus dem Zweistromland (Mesopotamien) beherrschen das Land zwischen dem Mittelmeer, dem Persischen Golf und den arabischen Wüsten.
- 587 Die Truppen des babylonischen Herrschers Nebukadnezar II. erobern Jerusalem, zerstören den Ersten Tempel und verschleppen die jüdische Oberschicht in die „Babylonische Gefangenschaft“. Es ist den Juden erlaubt, dort ihre Religion zu pflegen.
- Seit 539 Die Juden kehren nach Jerusalem zurück und bauen dort den Zweiten Tempel.
6. bis 2. Jhdt. Persische und griechische Könige beherrschen Palästina, wie das Land nach dem Namen der Küstenbewohner auch genannt wird. Ein Ältestenrat mit dem Hohepriester als höchste Autorität verwaltet Jerusalem. Der Tempel wird zur jüdischen Pilgerstätte. Die jüdische Religion wird durch Missionare im Vorderen Orient und an der Mittelmeerküste verbreitet.
- 63 Die Römer besetzen Palästina. Es wird eine Provinz des Römischen Reiches unter lokaler jüdischer Herrschaft.

n.Chr.

- 70 bis 73 Die Juden rebellieren gegen die Herrschaft Roms. Der römische Feldherr und spätere Kaiser Titus schlägt die Rebellion nieder und lässt den Zweiten Tempel zerstören. Der Tempel wird nicht wieder aufgebaut. Die westliche Stützmauer am Tempelberg, auch „Klagemauer“ genannt, gilt als Überrest des Zweiten Tempels. Für fromme Juden wird sie zu einer heiligen Stätte der Erinnerung und der Gebete.
- 135 Nach der Niederschlagung eines erneuten jüdischen Aufstands vertreiben und versklaven die Römer die jüdische Oberschicht. Ihrer geistigen und politischen Eliten beraubt, konvertiert eine Minderheit der Judäer zum Christentum.
- Ab 634 Araber moslemischen Glaubens besiedeln Palästina. Die überwiegende Mehrheit der Judäer wird im Folgenden islamisiert.

- 638 Kalif Omar erobert Jerusalem. Unter arabischer Herrschaft ist es Juden erlaubt, in Jerusalem zu wohnen.
6. Jhdt. Die Kalifen Omar und Abd el-Malik lassen auf dem Tempelberg die al-Aqsa-Moschee und den Felsendom errichten, die für fromme Moslems zu heiligen Stätten werden. Die moslemischen Araber nennen den Tempelberg (hebräisch: Har haBayit) darum Ehrwürdiges Heiligtum (Haram ash-Scharif).
- 1099 Christliche Kreuzfahrer erobern Jerusalem und metzeln die jüdischen und moslemischen Einwohner in großer Zahl nieder. Jerusalem wird königliche Hauptstadt.
- 1187 Der Feldherr Saladin erobert Jerusalem für den Islam zurück.
- 1517 Die Osmanen erobern Palästina, eingegliedert in das Osmanische Reich bleibt es bis zum Ersten Weltkrieg unter türkischer Herrschaft.
- 1882 Beginn der ersten jüdischen Einwanderungswelle nach Palästina.
- 1897 Theodor Herzl gründet auf dem Ersten Zionistenkongress in Basel die zionistische Bewegung. Ihr Ziel ist die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina.
- 1904 Beginn der zweiten jüdischen Einwanderungswelle nach Palästina.
- 1918 Nach dem Sieg über das Osmanische Reich besetzen britische Truppen Palästina.
- 1920 Die Siegermächte des 1. Weltkriegs sprechen Großbritannien das Mandat über Palästina zu.
- 1922 Der Völkerbund ratifiziert das alliierte Übereinkommen von 1920. Das britische Mandatsgebiet besteht aus dem heutigen israelischen Kernstaat in seinen Grenzen vor den Eroberungen des Sechstagekrieges, dem Ostjordanland (Transjordanien), dem Westjordanland (Cisjordanien) und dem Gaza-Streifen.
- 1923 Das Emirat Transjordanien wird vom britischen Mandatsgebiet abgetrennt. Das britische Mandatsgebiet Palästina umfasst seither bis 1948 das Territorium zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer.
- 1929 Ausgelöst durch Streit um Ansprüche an der Klagemauer kommt es landesweit zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Juden und Arabern, bei denen 249 Menschen sterben. Allein in Hebron werden 67 Juden ermordet.
- 1933 bis 1945 Die nationalsozialistische Judenverfolgung löst eine dritte Einwanderungswelle nach Palästina aus.
- 1936 bis 1939 Die arabische Bevölkerung Palästinas rebelliert gegen die britischen Mandatsherren und die jüdisch-zionistischen Einwanderer. Großbritannien schlägt den Aufstand mit Hilfe der Zionisten nieder.
- 1937 Die britische Peel-Kommission empfiehlt die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat.
- 1946 bis 1947 Die zionistische Untergrundarmee Haganah führt einen gewaltsamen Kampf gegen die britische Mandatsmacht. Einem Sprengstoffanschlag zionistischer Extremisten auf das King David-Hotel in Jerusalem, dem Sitz der britischen Mandatsverwaltung, fallen 90 Menschen zum Opfer.
- 1947 29. November: Die UN-Vollversammlung schlägt die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat sowie die Internationalisierung

- Jerusalems vor. Die Jewish Agency (die Vertretung der Juden), begrüßt den Teilungsplan, das Arab Higher Committee (die Vertretung der palästinensischen Araber) und die arabischen Staaten lehnen ihn ab. Im Gefolge des Teilungsplans kommt es zu bewaffneten Kämpfen zwischen Juden und Palästinensern.
- 1948 9. April: Die zionistischen extremistischen Untergrundorganisationen Irgun und Lehi ermorden in dem palästinensischen Dorf Deir Yassin 254 Bewohner und lösen mit dem Massaker eine Massenflucht der Palästinenser aus.
14. Mai: Israel erklärt seine Unabhängigkeit. Am Tag danach beginnt der Erste Nahost-Krieg. Erneut werden Hunderttausende von Palästinensern in die Flucht getrieben. Es gelingt Israel, über das für den jüdischen Staat vorgesehene Gebiet hinaus wesentliche territoriale Gewinne zu machen.
11. Dezember: Die UN-Vollversammlung empfiehlt in Resolution 194 die baldmöglichste Rückkehr der Flüchtlinge, die in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, oder ihre Entschädigung, falls die Flüchtlinge das vorziehen.
- 1949 Die Waffenstillstandsabkommen zur Beendigung des Ersten Nahost-Krieges sprechen das Westjordanland und Ost-Jerusalem Jordanien zu, der Gazastreifen fällt an Ägypten.
- 1956 Nach der Blockierung der Straße von Tiran und der Verstaatlichung der Suezkanalgesellschaft durch Ägypten sowie der darauffolgenden Landung britischer und französischer Streitkräfte am Suezkanal marschiert Israel in den Sinai ein. Beginn des Zweiten Nahost-Krieges. Die USA und die Sowjetunion erzwingen einen Waffenstillstand. Israel muss sich aus dem Sinai zurückziehen. Im Gazastreifen werden 1957 UN-Truppen stationiert.
- 1964 Auf Initiative Ägyptens gründet die Arabische Liga die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO).
- 1967 5. bis 10. Juni: Im Dritten Nahost-Krieg (Sechstage-Krieg/Juni-Krieg) erobert und besetzt Israel den Gazastreifen, die Sinai-Halbinsel, die Golanhöhen, das Westjordanland und Ost-Jerusalem.
11. November: Der UN-Sicherheitsrat fordert in Resolution 242 Israel auf, seine Truppen aus (den) besetzten Gebieten wieder abzuziehen. Israel lehnt dies ab und beginnt mit der Besiedlung der besetzten Gebiete.
- 1969 Jassir Arafat wird Vorsitzender der PLO und bleibt dies bis zu seinem Tod im Jahre 2004.
- 1973 Mit einem Angriff Ägyptens und Syriens auf Israel beginnt der Vierte Nahost-Krieg (Yom Kippur-Krieg/Oktoberkrieg). Die arabischen Staaten drosseln ihre Ölförderung und verhängen einen Lieferstopp über einige westliche Staaten. Die USA und die Sowjetunion erzwingen einen Waffenstillstand.
- 1979 Israel und Ägypten unterzeichnen einen Friedensvertrag. Im Laufe von drei Jahren erhält Ägypten die Sinai-Halbinsel zurück. Im Sinai werden UNO-Friedenstruppen stationiert.
- 1980 Das israelische Parlament (Knesset) erklärt Jerusalem zur ewigen ungeteilten Hauptstadt Israels. Die Staatengemeinschaft erkennt Jerusalem als israelische Hauptstadt aber nicht an.
- 1982 Um die PLO zu zerschlagen, marschiert Israel in den Libanon ein. Der Fünfte Nahost-Krieg („Libanonfeldzug“) endet mit dem Abzug der PLO aus Beirut und der Verlegung ihres Hauptquartiers nach Tunis. Israel hält den Süden des Libanon bis zum Jahr 2000 besetzt.

- 1987 bis 1993 Die Palästinenser erheben sich gegen die Besatzung in der ersten Intifada (= Abschütteln). Wenige Wochen nach Beginn der Intifada bildet sich die Islamische Widerstandsbewegung Hamas. In der ersten Intifada sterben 1.312 Menschen: 1.147 Palästinenser und 165 Israelis.
- 1988 Die PLO proklamiert vom Exil aus einen unabhängigen Staat Palästina in den besetzten Gebieten, mit Ost-Jerusalem (arabisch al-Quds, die Heilige) als seine Hauptstadt.
- 1991 In Madrid beginnen unter der Schirmherrschaft der USA und der Sowjetunion Nahost-Friedensverhandlungen zwischen Israel, den Palästinensern, Jordanien, Syrien und dem Libanon.
- 1993 9./10. September: Die PLO erkennt das Existenzrecht Israels an und verzichtet auf Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Im Gegenzug erkennt Israel die PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes an und erklärt sich zu direkten Verhandlungen mit ihr bereit.
13. September: Israel und die PLO unterzeichnen eine Grundsatzerklärung zur Einführung einer Teilautonomie für die Palästinenser im Gazastreifen und im Westjordanland. Eine Vielzahl von Streitfragen (z.B. die Errichtung eines palästinensischen Staates, die Grenzen des palästinensischen Gemeinwesens, der Status von Ost-Jerusalem, die Zukunft der jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge) bleibt offen. Sie sollen in späteren Verhandlungen geregelt werden.
- 1994 25. Februar: Der Arzt Baruch Goldstein aus der jüdischen Siedlung Kiryat Arba erschießt in der Moschee in Hebron 29 Palästinenser bei der Verrichtung ihres Gebets. Palästinensische Untergrundorganisationen kündigen Rache an.
6. und 13. April: Bei Selbstmordanschlägen der Hamas in Israel sterben 13 Menschen.
- 1994 17. Mai: In Teilen des Gazastreifens und Westjordanlandes übernimmt die neugegründete Autonomiebehörde die Selbstverwaltung.
- 1995 23. Januar: Ein Selbstmordattentäter des palästinensischen Dschihad Islamiya verübt einen Sprengstoffanschlag in der Nähe der israelischen Stadt Netanya, bei dem 19 Israelis sterben. Der israelische Ministerpräsident Rabin legt einen Plan zur Errichtung eines bewachten Sicherheitsstreifens zwischen Israel und den palästinensischen Territorien vor.
28. September: Israel und die PLO unterzeichnen das Interimsabkommen über die Westbank und den Gazastreifen. Demnach errichten die Palästinenser für eine Übergangszeit von fünf Jahren im Gazastreifen und im Westjordanland eine Selbstverwaltung. Das Westjordanland wird in drei Zonen aufgeteilt. Die palästinensische Selbstverwaltung erhält die vollständige Kontrolle über vier Prozent des Gebietes und die administrative Verantwortung für 98 Prozent der dort lebenden palästinensischen Bevölkerung. Israel kontrolliert weiterhin 73 Prozent des Territoriums und ist berechtigt, in weiteren 23 Prozent militärisch einzugreifen. Für die äußere Sicherheit und die Außenbeziehungen einschließlich der Außenwirtschaft bleibt Israel zuständig.
4. November: Ein jüdischer Student der Rechtswissenschaften mit Verbindungen zu militanten rassistischen Kreisen ermordet den israelischen Ministerpräsidenten Itzhak Rabin. Der Täter sagt, er habe auf Geheiß Gottes gehandelt, um den Friedensprozess zu zerstören.

- 1996 20. Januar: Die palästinensischen Bürger des Gazastreifens, des Westjordanlandes und Ost-Jerusalems wählen in allgemeinen, freien und geheimen Wahlen Yassir Arafat mit 87 Prozent der Stimmen zu ihrem Präsidenten und einen Legislativrat (Parlament), in dem die Partei Arafats, die Fatah, die Mehrheit der Sitze erringt.
29. Mai: Bei den israelischen Wahlen siegt der Vorsitzende der rechtskonservativen Partei Likud, Benjamin Netanjahu. Die neue israelische Regierung kündigt eine Verstärkung der jüdischen Siedlungstätigkeit in den palästinensischen Gebieten einschließlich Ost-Jerusalems an. Die israelische Siedlungsoffensive bringt den Friedensprozess an den Rand des Scheiterns.
- 1999 14. Mai: Bei Wahlen in Israel siegt der Kandidat der Arbeitspartei Ehud Barak. Er verspricht, die israelischen Truppen aus dem Südlibanon abziehen und innerhalb von 15 Monaten den Weg zum Frieden im Nahen Osten zu ebnen.
- 2000 11. bis 24. Juli: In Camp David verhandeln Israel und die Palästinenser unter Vermittlung von US-Präsident Bill Clinton über einen Friedensvertrag, der den Konflikt beenden soll. Dabei werden erstmalig die bisher ausgeklammerte Probleme zu Fragen der Sicherheit, des Verlaufs der Grenzen, der Zukunft der Siedlungen, des Status von Jerusalem und der Rechte der Flüchtlinge angesprochen. Die Verhandlungen werden ergebnislos abgebrochen.
28. September: Der Vorsitzende der Likud-Partei Ariel Scharon besucht unter massivem Polizeischutz den Tempelberg/Haram ash-Scharif in der Altstadt von Jerusalem. Der Besuch wird weltweit als ein Akt der Provokation kritisiert. Mit Steinwürfen palästinensischer Besucher des Freitagsgebets in der al-Aqsa-Moschee beginnt einen Tag später ein zweiter Aufstand der Palästinenser, genannt „al-Aqsa Intifada“. Bis zum 31. Januar 2005 sterben 4.401 Menschen: 3.187 Palästinenser und 954 Israelis.
- 2001 6. Februar: Bei Wahlen in Israel erringt Ariel Scharon mit dem Versprechen, gegen die Intifada mit aller Härte vorzugehen, einen haushohen Sieg.
- 2002 13. März: Der UN-Sicherheitsrat verabschiedet eine von den USA eingebrachte Resolution, in der er sich erstmals für einen palästinensischen Staat an der Seite Israels ausspricht.
29. März: In der Operation „Schutzschild“ rücken israelische Streitkräfte erneut in die Autonomiegebiete ein. Es handelt sich hierbei um die größte israelische Militäroperation seit dem Krieg im Libanon 1982.
16. Juni: Israel beginnt mit der Errichtung einer Sperranlage, um palästinensischen Terroristen den Zutritt zum Westjordanland zu erschweren. Viele Abschnitte der Anlage verlaufen nicht auf der „Grünen Linie“, sondern östlich davon auf palästinensischem Gebiet. Zehntausende von Palästinensern verlieren dadurch den Zugang zu ihrem Land.
- 2003 4. April: Das Nahostquartett (USA/Russland/EU/UNO) veröffentlicht einen Fahrplan („Road Map“) zur Beilegung des Nahost-Konflikts.
- 2004 6. Juni: Die Regierung stimmt gegen internen Widerstand in der Likud-Partei einem von Ariel Scharon vorgelegten Plan „Trennungsplan“ zu. Danach wird Israel im Gazastreifen alle israelischen Siedlungen auflösen und das Militär aus dem Gazastreifen abziehen. Im nördlichen Westjordanland sollen weitere vier Siedlungen geräumt werden.

9. Juli: Der Internationale Gerichtshof in Den Haag gibt ein Rechtsgutachten zur Sperranlage ab. Sie verstößt nach Meinung der Richter gegen das Völkerrecht.
11. November: Der Präsident der Palästinenser und Vorsitzende der PLO Yassir Arafat stirbt.
- 2005
9. Januar: Die Palästinenser wählen Mahmoud Abbas (Abu Mazen) zum Nachfolger Arafats im Amt des palästinensischen Präsidenten.
8. Februar: Der israelische Ministerpräsident Scharon und der palästinensische Präsident Abbas vereinbaren im ägyptischen Scharm el-Scheikh einen Waffenstillstand. In seiner Folge einigen sich die palästinensischen Milizen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde auf ein Stillhalteabkommen. Die Zahl der bewaffneten Zwischenfälle sinkt deutlich.
15. August bis 22. September: Israel räumt alle 22 Siedlungen im Gazastreifen, seine dortigen Militäranlagen sowie vier kleine Siedlungen im nördlichen Westjordanland. Etwa 8000 Siedler sind von der Räumung betroffen. Im Westjordanland und in Ost-Jerusalem bleiben vorerst rund 450.000 Siedler. Israel beansprucht außerdem weiterhin die Kontrolle des Gazastreifens zu Land, von See und aus der Luft.
21. November: Scharon verlässt die Likud-Partei und gründet eine neue Partei namens Kadima (Vorwärts).
- 2006
4. Januar: Scharon erleidet einen Schlaganfall und fällt in ein Koma, aus dem er nicht mehr erwacht. Nachfolger wird Ehud Olmert, ehemaliger Bürgermeister von Jerusalem.
25. Januar: Bei Parlamentswahlen in den Palästinensischen Autonomiegebieten erringt die Islamische Widerstandsbewegung Hamas mit einem Programm für eine Reform der palästinensischen Institutionen und eine Fortsetzung des Befreiungskampfes mit 74 von 132 Sitzen die absolute Mehrheit im Parlament. Zweitstärkste Kraft wird die Fatah. Am 28. März wird die palästinensische Regierung unter Führung der Hamas vereidigt. Israel, die USA und die EU boykottieren die Regierung und stoppen den Transfer von Geldern. Im Gazastreifen brechen zwischen der regierenden Hamas und der oppositionellen Fatah blutige Machtkämpfe aus.
28. März: Parlamentswahlen in Israel. Dem neu gewählten Parlament gehören zwölf Parteien an. Kadima, Arbeitspartei und Rentnerpartei bilden eine Koalitionsregierung.
27. Juni: Nach der Gefangennahme eines israelischen Grenzsoldaten durch palästinensische Militante beginnt die israelische Militäroperation „Sommerregen“ gegen den Gazastreifen. Ihr folgen mehrere zeitlich und räumlich begrenzte Militäroperationen. Seit 26. November gilt ein brüchiger Waffenstillstand. Bei den bewaffneten Auseinandersetzungen sterben vom 27. Juni bis 26. November 417 Palästinenser; auf israelischer Seite sterben zwei Zivilisten infolge palästinensischen Raketenbeschusses sowie drei Soldaten. Israel verschärft die Kontrolle der Grenzübergänge des Gazastreifens.
12. Juli: Auf die Gefangennahme von zwei Soldaten einer israelischen Patrouille im Grenzgebiet durch Kämpfer der libanesischen Hisbollah reagiert Israel mit schweren Luftangriffen gegen den Libanon und nachfolgend mit einer Bodenoffensive. Im Krieg sterben 1.359 Menschen, die meisten sind libanesische Zivilisten. Seit 14. August herrscht zwischen Israel und dem Libanon eine international überwachte Waffenruhe.

2007

8. Februar: In Mekka (Saudi-Arabien) vereinbaren Fatah und Hamas, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, um einen drohenden palästinensischen Bürgerkrieg abzuwenden.

17. März: Die palästinensische Regierung der nationalen Einheit wird vereidigt und verabschiedet ihr Regierungsprogramm. Darin verpflichtet sie sich auf die Einhaltung der PLO-Beschlüsse, in denen diese sich zur Zwei-Staaten-Regelung bekannt, auf Gewalt im Streben nach nationaler Selbstbestimmung verzichtet und das Existenzrecht Israels in sicheren Grenzen anerkannt hatte. Israel, die USA und die EU halten den Boykott aufrecht und lehnen Kontakte mit den zu Hamas gehörenden Regierungsmitgliedern ab.

24. Mai: Die israelische Armee nimmt 33 hochrangige Hamas-Mitglieder im Westjordanland fest, darunter Minister, Abgeordnete und Bürgermeister. 41 der 131 Mitglieder des Palästinensischen Parlaments sind nunmehr in Haft.

14. Juni: Nach anhaltender Gewalt im Gazastreifen zwischen Hamas- und Fatah-Bewaffneten übernimmt die Hamas in einem blutigen Handstreich die Kontrolle über den dortigen Sicherheitsapparat. Der palästinensische Präsident Mahmud Abbas löst die Regierung der nationalen Einheit auf, verhängt den Ausnahmezustand und ernennt eine Notstandsregierung. Seither gibt es zwei Regierungen in den palästinensischen Gebieten: Im Gazastreifen regiert die von Abbas abgesetzte Regierung unter Ministerpräsident Ismail Haniyeh, im Westjordanland die Notstandsregierung unter Ministerpräsident Salam Fayyad.

25. Juni: Auf einem Gipfeltreffen in Sharm el-Sheikh kündigt Israel an, mit der Fayyad-Regierung von Präsident Abbas zusammenzuarbeiten. Die USA und die EU wollen die Regierung im Westjordanland unterstützen und die Hamas-Regierung im Gazastreifen boykottieren.

19. September: Das israelische Kabinett erklärt den Gazastreifen zum „Feindgebiet“ und verschärft die Blockade weiter.

27. November: Im amerikanischen Annapolis vereinbaren der palästinensische Präsident Abbas und der israelische Ministerpräsident Olmert, direkte Verhandlungen über eine Konfliktlösung wiederaufzunehmen mit dem Ziel, bis Ende 2008 einen Friedensvertrag zu schließen.

17. Dezember: Eine internationale Geberkonferenz in Paris sagt der Palästinensischen Autonomiebehörde 7,4 Mrd. US-Dollar für Aufbauhilfe in einem Zeitraum von drei Jahren zu. Der Gazastreifen bleibt isoliert.

2008

19. Juni: Israel und die Hamas vereinbaren eine sechsmonatige Waffenruhe. Sie soll den Mörser- und Raketenbeschuss des israelischen Südens durch palästinensische Milizen beenden und Israel zur Lockerung der Wirtschaftsblockade des Gazastreifens veranlassen. Die Waffenruhe ist in den ersten viereinhalb Monaten relativ erfolgreich: von 2.378 Granaten- und Raketeneinschlägen seit Jahresbeginn sinkt die Zahl der Angriffe auf 38. Doch es gelingt der Hamas nicht, die Waffenruhe vollständig durchzusetzen, und Israel hält die Blockade des Gazastreifens aufrecht.

4. November: Bei einem israelischen Kommandounternehmen im Gazastreifen werden sechs Hamas-Aktivisten getötet. Aus dem Gazastreifen werden Dutzende von Raketen auf die israelische Grenzregion abgefeuert. Bemühungen um eine Wiederherstellung der Waffenruhe scheitern.

27. Dezember: Beginn der israelischen Militäroffensive „Gegossenes Blei“ gegen den Gazastreifen. Der dreiwöchige bewaffnete Konflikt kostet 1.427 Menschen das Leben, darunter zwölf Israelis (vier von ihnen sterben irrtüm-

- licherweise durch „friendly fire“). Nach Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen werden die direkten Verhandlungen zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde abgebrochen.
- 2009
18. Januar: Israel und wenig später die Hamas erklären die Kämpfe für beendet, am Folgetag tritt ein jeweils einseitig erklärter Waffenstillstand in Kraft. Die Bemühungen um einen vereinbarten Waffenstillstand gestalten sich schwierig. Israel verlangt Sicherheit vor dem Beschuss aus dem Gazastreifen, die dort regierende Hamas fordert ein Ende der wirtschaftlichen Blockade. Auf niedrigerem Niveau dauern die israelischen Bombardements und der Raketenbeschuss an.
10. Februar: Aus den israelischen Parlamentswahlen gehen die rechtsnationalen Parteien gestärkt hervor. Der bisherige Oppositionsführer Benjamin Netanjahu von Likud bildet eine Koalitionsregierung mit weiteren rechten sowie religiösen Parteien. Die Arbeitspartei unter Führung von Ehud Barak schließt sich der Koalition an, die damit über 71 von 120 Sitzen in der Knesset verfügt.
10. März: In Kairo beginnt ein Dialog von 13 palästinensischen Fraktionen über Wege zur Überwindung der innerpalästinensischen Spaltung. In fünf Ausschüssen beraten die Delegierten der Fatah und Hamas sowie einer Reihe kleinerer Gruppen über die Themen Regierungsbildung, Wahlen, Sicherheit, Reform der PLO und Versöhnung.
26. November: Auf Drängen der USA beschließt die israelische Regierung ein zehnmonatiges Moratorium (Aussetzen) des Siedlungsbaus mit Ausnahme der Bautätigkeit in Ost-Jerusalem. Es läuft Ende September 2010 ab.
- 2010
2. September: Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas beginnen in Washington direkte Verhandlungen über eine Zwei-Staaten-Lösung.
26. September: Die Anfang des Monats neu aufgenommenen Verhandlungen werden abgebrochen, als Israel das Moratorium des Siedlungsbaus nach dessen Ablauf nicht verlängert.
- 2011
- Nach Aufständen in Tunesien und Ägypten gegen die dortigen Machhaber erreicht der „Arabische Frühling“ Syrien. Der Konflikt zwischen Oppositionellen und der Regierung von Präsident Assad eskaliert zu einem mehrjährigen Bürgerkrieg unter Beteiligung zahlreicher Milizen, in dem auswärtige Mächte die kämpfenden Parteien mit Waffenlieferungen unterstützen, um in der regionalen Machtkonkurrenz Vorteile zu erlangen.
3. Mai: Nach Vermittlungsbemühungen Ägyptens unterzeichnen die palästinensischen Fraktionen Fatah und Hamas in Kairo ein Versöhnungsabkommen zur Überwindung der innerpalästinensischen Spaltung. Darin werden Wahlen vereinbart. Die nachfolgenden Gespräche zur Umsetzung des Abkommens bleiben ergebnislos.
31. Oktober: Palästina wird Vollmitglied der UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), der ersten Organisation der Vereinten Nationen, die Palästina als eigenständigen Staat und als Mitglied akzeptiert. Die USA setzen daraufhin ihre Zahlungen an die UNESCO aus und verlieren damit ihr Stimmrecht. Sechs Jahre später kündigen sie ihre Mitgliedschaft.
- 2012
14. bis 21. November: Israelische Militäroffensive „Säule der Verteidigung“. Israel fliegt ca. 1.500 Angriffe gegen Ziele im Gaza-Streifen. Die Palästinenser feuern mehr als 1.500 Raketen auf Israel. 421 werden vom Rake-

tenabwehrsystem „Iron Dome“ abgefangen. Bei den bewaffneten Auseinandersetzungen sterben 161 Palästinenser und fünf Israelis. Die USA und Ägypten vermitteln einen Waffenstillstand.

29. November: Palästina erhält durch Beschluss der UN-Vollversammlung den Status eines Beobachterstaates „Non-Member Observer State“. Bei der Abstimmung votieren 138 Staaten mit Ja, neun Staaten mit Nein. 41 Staaten, darunter Deutschland, enthalten sich der Stimme. Zu diesem Zeitpunkt haben 131 von 193 UN-Mitgliedstaaten den Staat Palästina bereits bilateral anerkannt.

2013

4. Mai: Israel fliegt erstmals einen Luftangriff auf Ziele in Syrien, um eine Lieferung von Raketen an die Hisbollah-Miliz im benachbarten Libanon zu verhindern.

29. Juli: Nach 34 Monaten Pause beginnen unter US-Vermittlung erneut direkte israelisch-palästinensische Verhandlungen. Ziel der Verhandlungen ist eine Beilegung des Konflikts. Die Konfliktparteien einigen sich vorerst auf eine Frist von neun Monaten.

2014

23. April: Hamas und Fatah vereinbaren ein Arrangement zur Machtteilung mit dem Ziel, die seit 2007 bestehende innerpalästinensische Spaltung zu überwinden.

29. April: Die israelisch-palästinensischen Verhandlungen werden ergebnislos abgebrochen.

2. Juni: Vereidigung eines „Expertenkabinetts“. Die Mitglieder des Nahostquartetts, die Regionalstaaten (außer Israel) und die deutsche Bundesregierung erklären, mit der neuen palästinensischen Regierung zusammenarbeiten zu wollen.

8. Juli bis 26. August: Israelische Militäroffensive „Schutzlinie“ (Protective Edge) gegen den Gazastreifen. Als Reaktion auf Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen zerstört Israel 34 Tunnel, die vom Gazastreifen nach Ägypten und nach Israel führten. Über 2.100 Palästinenser und 73 Israelis sterben bei den bewaffneten Auseinandersetzungen. Sie enden mit einer unbefristeten Waffenruhe.

31. Dezember: Präsident Abbas unterzeichnet mit dem „Rom-Statut“ den Beitritt Palästinas zum Internationalen Strafgerichtshof (IStGH).

2015

17. März: Aus der Parlamentswahl in Israel geht der Likud als stärkste Partei hervor. Benjamin Netanjahu bildet eine rechts-religiöse Koalition, die sich auf 67 Mandate (von insgesamt 120 Sitzen) stützen kann.

1. April: Der Beitritt Palästinas zum IStGH tritt in Kraft.

14. September: 136 von 193 UN-Mitgliedstaaten haben inzwischen den Staat Palästina bilateral anerkannt. Hinzu kommen der Heilige Stuhl, der Beobachterstatus in der UNO hat, sowie die Demokratische Arabische Republik Sahara, die kein Mitglied der Vereinten Nationen ist.

30. September: Russlands greift erstmals militärisch auf Seiten der Regierung in den syrischen Bürgerkrieg ein. Die russisch-syrische Allianz hat ihre Wurzeln in dem Bemühen der UdSSR während des Kalten Krieges, den wachsenden Einfluss der USA im Nahen Osten einzudämmen.

3. Oktober: Ausgelöst von Streit über Besuchs- und Gebetsrechte auf dem Tempelberg/Haram ash-Scharif beginnt eine Welle von unorganisierten Attacken zumeist junger Palästinensischer auf Israelis im Westjordanland und in Ost-Jerusalem. Meist werden die Angreifer von israelischen Soldaten er-

schossen. Bis zum Jahresende 2016 fanden bei den Angriffen, auch als „Intifada der Messer“ bezeichnet, über 200 Menschen den Tod.

2016

14. September: Die US-Regierung verpflichtet sich, die Militärhilfe an Israel ab 2019 für die kommenden zehn Jahre von jährlich 3 auf 3,8 Milliarden US-Dollar aufzustocken. An die Zahlung ist die Bedingung geknüpft, die Rüstungsware ausschließlich von US-amerikanischen Firmen zu beziehen.

23. Dezember: Der UN-Sicherheitsrat fordert Israel auf, den Siedlungsbau in der besetzten Westbank zu stoppen, weil er völkerrechtswidrig sei und die Zweistaatenlösung untergrabe. Die USA hatten von ihrem Vetorecht keinen Gebrauch gemacht.

2017

16. Februar: US-Präsident Donald Trump erklärt in Israel, die USA bestünden nicht mehr auf der Zweistaatenlösung. Was immer die Konfliktparteien wollen, er könne „mit einem oder zwei Staaten leben.“

6. März: Die Knesset verabschiedet das sogenannte Anti-BDS-Gesetz, wonach solchen Personen, die für einen Boykott Israels oder der Siedlungen eintreten, die Einreise nach Israel verwehrt werden kann.

7. Juli: Die UNESCO erklärt die Altstadt von Hebron zum palästinensischen Weltkulturerbe. In der Israelischen Regierung löst die Erklärung Empörung aus.

12. Oktober: Vermittelt von Ägypten einigen sich die beiden größten palästinensischen Bewegungen Fatah und Hamas auf ein Versöhnungsabkommen. Es sieht bis zum Jahresende die Übernahme der Kontrolle über die Grenzübergänge des Gazastreifens durch die Palästinensische Autorität (PA) und deren Übernahme der Regierungsverantwortung im Gazastreifen vor. Bis zum 1. Februar 2018 sollen die rund 40.000 Hamas-Angestellten in die Verwaltung der PA eingegliedert werden. Kontroverse Schritte wie die Bildung einer Einheitsregierung, eine Reaktivierung des Palästinensischen Parlaments (Legislativrat), Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, der Beitritt der Hamas zur PLO sowie eine Reform von Strukturen und Programm der PLO werden auf später verschoben.

6. Dezember: US-Präsident Trump erkennt Jerusalem offiziell als Hauptstadt Israels an und kündigt an, die US-amerikanische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen zu wollen. Weltweit löst die Entscheidung Proteste aus, auch europäische Partner kritisieren Trump. Der UN-Sicherheitsrat verurteilt die Entscheidung der USA, die von ihrem Vetorecht Gebrauch machen, um die Resolution zu blockieren.

13. Dezember: Auf einem vom türkischen Präsidenten Erdogan einberufenen Sondergipfel der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) erkennen die Mitgliedsstaaten Ost-Jerusalem als Hauptstadt des palästinensischen Staates an. Saudi-Arabien und seine engsten arabischen Verbündeten bleiben dem Treffen fern.

29. Dezember: Mit der Ratifikation seines Beitritts zu drei Konventionen zum Verbot besonders grausamer oder heimtückischer Waffen ist Palästina insgesamt 14 internationalen Übereinkünften des humanitären Völkerrechts beigetreten.

31. Dezember: Der Austritt der USA aus der UNESCO, die der Organisation zunehmend antiisraelische Positionen vorwerfen, wird rechtswirksam.

2018

10. Februar: Mit der Zerstörung einer von syrischem Territorium gestarteten iranischen Spionagedrohne im israelischen Luftraum und dem Abschuss eines israelischen Kampffjets durch die syrische Luftabwehr bei den nachfolgenden Angriffen Israels auf syrische und iranische Stellungen im Nach-

barland verschärfen sich die Spannungen zwischen Syrien und Israel. Das russische Außenministerium ruft die Konfliktparteien zur Zurückhaltung auf.

30. März: Im Gazastreifen beginnt der „Marsch der Rückkehr“, der an die Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948 erinnert. Die wöchentliche Märsche von Bewohnern zur Grenzanlage dauern bis Jahresende an. 249 Palästinenser und ein israelischer Soldat finden dabei den Tod.

1. September: Die USA stellen ihre Zahlungen an das Hilfswerk für die Palästinenser (UNRWA) ein.



<http://www.springer.com/978-3-658-16087-6>

Der Nahost-Konflikt

Eine Einführung

Johannsen, M.

2017, VIII, 249 S. 11 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-16087-6